

Positionspapier zum Angriffskrieg Putins
Stand 28.4.2022

1. Wir verurteilen den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine aufs Schärfste. Es ist ein Angriff auf Demokratie und Freiheit. **Auch wir Landtags-Grüne in Bayern setzen vereint mit der Bundesebene und der internationalen Staatengemeinschaft auf massive Sanktionen** und gleichzeitig weiterhin auf unermüdliches diplomatisches Bemühen.
Wir unterstützen die deutsche wertegeleitete Außenpolitik, die deutlich im Ton, empathisch und klar in der Haltung Frieden, Menschenrechte und Klimaschutz als vorrangige Ziele in den Mittelpunkt stellt.
2. Das Recht auf Selbstverteidigung ist ein in der UN-Charta garantiertes Recht. Wir sind der Auffassung, damit die Ukraine sich selbst verteidigen kann, sollte Deutschland dringend benötigte, auch schwere Waffen liefern.
3. Die schmerzhaften Lehren aus zwei Weltkriegen und die Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung besagen, dass Gewalt kein Mittel der Politik sein darf. Auch die **VN-Charta** setzt bereits 1949 in **Art. 1 das Ziel der internationalen gewaltlosen und friedlichen Einigung**, die auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und dem Völkerecht basiert. Diese Grundsätze gelten weiterhin.
4. **Bayern unternimmt alle Schritte, damit die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen Russland bestmöglich wirken.** Um Bayern aus der Abhängigkeit von Erdgas- und Ölimporten aus autokratisch regierten Ländern zu lösen, muss eine nachhaltige Entwicklung forciert werden. Dafür brauchen wir einen massiven und beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien. **Ohne Frieden gibt es keine Nachhaltigkeit, und ohne Frieden gibt es keine Klimagerechtigkeit.**
5. **Gerechtes, nachhaltiges Wirtschaften, Bekämpfung der Klimakrise, Krisenprävention und zivile Konfliktlösung sind die Instrumente, die Kriege verhindern. Diese Instrumente wollen wir mit Nachdruck stärken.**
Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf Bundesebene die im Koalitionsvertrag festgeschriebene **1:1-Regel** umgesetzt wird: „Die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP [Auswärtige Kultur- & Bildungspolitik] und Entwicklungszusammenarbeit sollen wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021.“ (S. 150)
Praktisch alle UN-Berichte sowie Evaluierungen bisheriger Auslandseinsätze fordern verstärkte Investitionen in die zivilen Instrumente internationaler Missionen: **Ausgaben für Krisenprävention haben einen 16-fach höheren Wirkungsgrad** (UN/Weltbank-Studie „Pathways for Peace“ 2018)

6. Putin versucht, seinen Angriffskrieg durch Geschichtsverfälschung, Propaganda und Falschinformationen zu rechtfertigen. Er sucht damit Unterstützung und Zustimmung in der russischen Bevölkerung zu finden. Wir unterstützen alle mutigen Menschen und Organisationen, die diese **Propaganda durchbrechen und Informationen über den Angriffskrieg Putins in der russischen Bevölkerung verbreiten**.
Alle Kontakte mit Russland, deren Grundlage ein gemeinsames Verständnis von Demokratie bilden und die diese Kontrollinstitutionen stärken können, sollten deshalb nicht nur nicht gekappt, sondern wo immer es möglich ist, ausgebaut werden. Dies schützt auch die Demokratie in Deutschland).
7. Soldaten, die sich dem völkerrechtswidrigen Krieg widersetzen und vor dem Kriegseinsatz aus ihrem Land fliehen, sollten in Deutschland Schutz und Asyl gewährt bekommen und auch hier in Bayern Aufnahme finden.
8. **Friedensbildung** ist wichtiger denn je.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Friedensbildung in Bayern endlich gestärkt wird und eine Servicestelle Friedensbildung nach baden-württembergischen Vorbild eingerichtet wird. Analog zu den Einsätzen von Jugendoffizieren an Schulen wollen wir den Einsatz von Promotor*innen für zivile Konfliktbearbeitung ermöglichen.
9. **Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung muss auch in Bayern ihren Platz finden**. Ihre Expertise ist in diesen schweren Zeiten sehr gefragt. Bayern leistet bisher im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur äußerst geringe Beiträge (siehe Evaluierung des Wissenschaftsrats 2019). Diese werden in Politik und Gesellschaft gebraucht. Wir arbeiten daran, die Friedens-, Konflikt und Sicherheitsforschung an Bayerns Universitäten zu vernetzen und ein bayerisches außeruniversitäres Institut einzurichten.